

Stefan Troebst

## Der Kosovo-Krieg

*Rafael Biermann: Lehrjahre im Kosovo. Das Scheitern der internationalen Krisenprävention vor Kriegsausbruch.*

Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn u. a. 2006, 664 Seiten, 84,00 Euro.

Mit Blick auf die Frühphase der Kriege im ehemaligen Jugoslawien war von diplomatischer Seite häufig zu hören gewesen, der blutige Zerfall des Bundesstaates 1991 habe die internationale Gemeinschaft „auf dem falschen Fuß erwischt“: Die Instrumente Frühwarnung, präventive Diplomatie, Krisenmanagement und humanitäre Intervention seien sowohl auf der Ebene der Vereinten Nationen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995: OSZE) als auch der NATO erst im Entstehen begriffen, das heißt noch nicht einsatzbereit gewesen. Beim Beginn der ersten, international kaum recht bemerkten Runde des Kosovo-Krieges im Frühjahr 1998

konnte ein solches Argument nicht vorgebracht werden: Zum einen war die Brisanz dieses stark asymmetrischen ethnopolitischen Konfliktes um die Kontrolle über die knapp 11 000 Quadratkilometer große Provinz im Südwesten der jugoslawischen Teilrepublik Serbien spätestens seit dem März 1989 bekannt, als der damalige serbische Präsident Slobodan Milošević unter Bruch der Bundesverfassung das Statut über Territorialautonomie für das Kosovo aufhob und die albanische Bevölkerungsmehrheit dort einer repressiven und rassistischen besetzungsähnlichen Direktherrschaft Belgrads unterstellte. Die Folge waren schwere Ausschreitungen zwischen Miliz und Kosovo-Albanern sowie die Gründung eines kosovarischen „Schattenstaates“ mit eigenen Verfassungsorganen wie Präsident, Regierung und Parlament, eigenem Steuersystem sowie separatem Schul- und Gesundheitswesen.

Zum anderen hatten Vertreter eben dieses „Schattenstaates“ im Dezember 1991 der Haager Jugoslawienkonferenz der Europäischen Gemeinschaft ihre Forderung nach diplomatischer Anerkennung analog zu den Teilrepubliken der zerfallenden jugoslawischen Föderation präsentiert. Und schließlich war von 1992 an eine Reihe multilateraler Organisationen, darunter eben UN und KSZE, mit Versuchen zur Entschärfung der Zeitbombe Kosovo befasst. Genutzt im Sinne einer Transformation oder gar Lösung des Konfliktes hat dies bekanntlich nichts. Das ist deshalb eine besonders bittere Lektion, weil die 1989 entstandene kosovarische Widerstandsbewegung gegen Belgrad unter der Leitung von Ibrahim Rugova bis ins Jahr 1996 hinein explizit pazifistisch orientiert war und Gewaltbereite im eigenen Lager lange Zeit erfolgreich disziplinierte. Während diese Taktik der Gewaltfreiheit von internationalen Organisationen, Groß-

mächten und Weltöffentlichkeit mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen wurde, ignorierte man das politische Anliegen kosovarischer Eigenstaatlichkeit. Erst als die Radikalen im Kosovo, die spätere UCK, die Oberhand gewonnen hatten und Belgrad im Zuge der zweiten Runde des Kosovo-Konflikts vom Frühjahr 1999 an zur systematischen ethnischen Säuberung der Region von Albanern schritt, intervenierte die Staatengemeinschaft militärisch in Gestalt der NATO. Belgrad, so die nun vorherrschende Sichtweise, habe den Anspruch auf das Kosovo verwirkt; entsprechend sei die Staatengemeinschaft zur humanitären Intervention zugunsten der Kosovo-Albaner verpflichtet. Seit dem Sommer 1999 ist das Kosovo als internationales Protektorat dem serbischen Zugriff entzogen und unterwegs in die Eigenstaatlichkeit. „Gewalt zahlt sich aus!“ könnte daher die ernüchternde Lehre des Konfliktjahrzehnts 1989 bis 1999 lauten.

### Ursachen des Scheiterns

In seinem Buch, das auf einer Bonner Habilitationschrift von 2004 beruht, geht der mittlerweile in den USA lehrende Politikwissenschaftler Rafael Biermann der berechtigten

Frage nach, warum die Staatengemeinschaft die beiden zehn lange Jahre aufeinander zurasenden Güterzüge serbischer und albanischer Radikaler nicht stoppen konnte, den sich lange abzeichnenden katastrophalen Zusammenprall nicht vermieden hat. Seine These ist, dass der Grund dafür das Scheitern sämtlicher Versuche internationaler Akteure zur Krisenprävention sei. Mit anderen Worten: Die Außenwelt hat zwar versucht, den Konflikt zu entschärfen und einen gewaltförmigen Ausbruch zu verhindern, doch sei ihr dies im Endeffekt nicht gelungen. Damit geht er mit einem Teil der bisherigen Forschung konform, dem zufolge die Staatengemeinschaft unter den obwaltenden Umständen das ihr Mögliche unternommen hat. Eine andere Forschungsrichtung hebt indes hervor, dass das *interblocking institutions*-Syndrom vor allem im Wendejahr 1997 bewirkt habe, dass die letzte Möglichkeit zum Eingreifen vor Beginn der ersten und gleichsam unbemerkten Runde des Kosovo-Krieges 1998 aufgrund eigener Schuld versäumt worden sei.

In einer eindringlichen Analyse untersucht der Autor die einzelnen Phasen des Konfliktes und identifiziert die Schwach-

punkte der Präventionsstrategie externer Akteure. Dabei kann er sich auf einen gewaltigen Fundus sowohl an veröffentlichten als auch noch sekretierten Quellen stützen, desgleichen auf Interviews mit deutschen, kosovarischen und US-amerikanischen Akteuren und Zeitzeugen. Sein methodischer Ansatz ist die Präventionsforschung, deren Instrumentarien und Protagonisten er in zwei einleitenden Kapiteln vorstellt. Zwei weitere behandeln das völkerrechtliche Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität und humanitärer Intervention sowie Genese und Anamnese des serbisch-albanischen Konfliktes um die Region Kosovo, wie er in der balkanischen Kriegsdekade von 1912 bis 1922 zutage trat und fünf Jahrzehnte lang virulent blieb, bis er 1974 innerhalb des Tito'schen Jugoslawiens eingedämmt wurde. Die vier eigentlichen Hauptkapitel untersuchen detailliert die Eskalation des Konfliktes in den 1980er-Jahren, die Kassierung der Territorialautonomie der Region durch die Zentralregierung in Belgrad 1989 und das Entstehen des kosovarischen „Schattenstaates“, den anfänglich orientierungslosen Zickzackkurs der Staatengemeinschaft in

der ersten Hälfte der 1990er-Jahre samt *cura posterior*-Effekt des Bosnien-Krieges sowie schließlich die verheerende Wirkung des Ausklemmerns des Kosovo-Problems in Dayton 1995 in Form dramatischer neuerlicher Eskalation 1996/97 samt Ausbruch des Konflikts 1998/99. Glanzstück der Untersuchung ist das ausführliche Resümee, das in der Nusschale das Ineinandergreifen sowie die wechselseitigen Blockaden der mit der Prävention befassten Akteure gewichtet und in neun Kritikpunkten konzise zusammenfasst: Gewöhnungseffekte, selektive Wahrnehmung, *mirror-imaging*, Unterschätzung der Perzeptionsfrage, institutionelle Rivalitäten, defizitäre Interessenwahrnehmung, Realitätsflucht, kurzsichtige Prioritätensetzung und inadäquate Instrumente und Akteure der Prävention. Darauf aufbauend, gelangt der Autor zu zwölf konzeptionellen Schlussfolgerungen für künftige Präventionsversuche, die teils allgemeiner Art, teils vom spezifischen Beispiel Kosovo abgeleitet sind.

Etwas mehr hätte man gerne über die zeitweise sehr aktive bundesdeutsche Kosovo-Diplomatie unter Klaus Kinkel und

über dessen direkten Draht zum „Präsidenten“ des kosovoalbanischen „Schattenstaates“ Ibrahim Rugova und zum „Ministerpräsidenten“ (und Schatzmeister) Bujar Bukoshi erfahren, desgleichen über das starke Engagement des Bundesnachrichtendienstes im Vorfeld der beiden Kriegsrunden von 1998 und 1999. Auch die durch historische Reflexe bedingten Friktionen zwischen „proserbischen“ Briten, Franzosen und Russen einerseits und „proalbanischen“ Amerikanern und Deutschen andererseits wären eingehendere Darstellung wert gewesen, zumal die reichhaltige Memoirenliteratur hier nicht recht weiterhilft – mit Ausnahme des soeben erschienenen profunden Zeitzeugenberichts des deutschen Ex-Jugoslawien-Diplomaten Geert-Hinrich Ahrens allerdings.

Mit Blick auf den Beginn der NATO-Luftoperation vom Frühjahr 1999 betont der Autor die Erfolglosigkeit internationaler Konfliktprävention im Falle Kosovos, und dies ungeachtet temporärer Intensität und Zielgerichtetheit der Verhütungsbemühungen. In dieser Perspektive ist das Glas in der Tat halb leer. Legt man aber einen historischen Maßstab an, zu-

mal denjenigen von ethnopolitisch motivierter Zwangsmigration im „Jahrhundert der Vertreibungen“, gelangt man zu einer anderen und partiell optimistischeren Sichtweise. Denn der Umstand, dass die mehr als 900 000 im März und April 1999 von den Organen ihres eigenen Staates über dessen Staatsgrenzen nach Albanien und Makedonien vertriebenen Kosovoalbaner binnen weniger Wochen, ja Tage nach der weiterhin mysteriösen Kapitulation Milošević vom 9. Juni 1999 an ihre ursprünglichen Wohnorte zurückkehren konnten, stellt die einzige umgehend rückgängig gemachte flächendeckende ethnische Säuberung großen Maßstabs im „Zeitalter der Extreme“ dar. Rafael Biermanns akribische, nüchterne und ausgewogene Studie legt die Grundlage für die weitere Erforschung des letzten großen ethnopolitischen Konfliktes im Europa des zwanzigsten Jahrhunderts. Ihre immense aktuelle Bedeutung gewinnt sie aus dem offenkundigen Zusammenhang zwischen dem temporären Versagen der Staatengemeinschaft und deren gegenwärtigen Bemühungen um das Finden eines tragfähigen völkerrechtlichen Status für das von Serbien unabhängige Kosovo.